

DKP-Informationen

Nr. 4/2009 - 14. Juli 2009

7. Parteivorstandstagung

**11./12. Juli 2009
Essen**

**Referat(e)
Beschlüsse**

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Inhalt

- 1. Tagesordnung**
- 2. Auswertung der EU-Wahlkampagne**
Leo Mayer, stellvertretender Vorsitzender der DKP
- 3. Zu den Ergebnissen und zu Schlussfolgerungen
aus dem Pressefest der UZ - Fest der Solidarität 2009**
Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP
- 4. Zur Öffentlichkeitsarbeit der DKP – Zur Arbeit mit der UZ –
Zur Tätigkeit der Zukunftswerkstatt**
Einführung: Wolfgang Teuber, Chefredakteur der UZ
- 5. Beschlüsse**

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Tagesordnung:

1. Konstituierung der Tagung
2. Referat: Auswertung der EU-Wahlkampagne
Referent: Leo Mayer, stellvertretender Vorsitzender der DKP
Diskussion
3. Referat: Zu den Ergebnissen und zu Schlussfolgerungen aus dem Pressefest der UZ - Fest der Solidarität 2009
Referent: Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP
Diskussion
4. Zur Öffentlichkeitsarbeit der DKP – Zur Arbeit mit der UZ – Zur Tätigkeit der Zukunftswerkstatt
Einführung: Wolfgang Teuber, Chefredakteur der UZ
Diskussion
5. Beschlussfassungen
6. Schlusswort

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Referat: Auswertung der Wahlen zum Europäischen Parlament

Referent: Leo Mayer

Bei der am 7. Juni 2009 stattgefundenen Wahl zum Europäischen Parlament haben wir - bei einer geringfügigen Zunahme der Wählerstimmen insgesamt - für die DKP 25.587 Stimmen erreicht; ein Rückgang um 11.573 Wähler bzw. 31 Prozent im Vergleich zur Europawahl 2004.

Dieses Ergebnis ist ein herber Misserfolg für die DKP!

Mit unserer Beteiligung an der EU-Wahl wandten wir uns an Alle,

- denen für die Veränderung der Verhältnisse die Bewegung auf der Straße, im Betrieb und im Stadtteil wichtiger ist, als der Sprung einer linken Partei von auf 7 Prozent auf 9 + x im Europäischen Parlament;
- die auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament demonstrieren wollen, dass sie für eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative stehen;
- die in die gegenwärtigen Kämpfe und Bewegungen die Frage nach der kommunistischen Zukunft einbringen.

Wir hatten uns für diese Wahl zum Ziel gesetzt:

- 40.000 Wähler (+2.840 zu den 37.160 aus dem Jahr 2004)
- 50 neue Mitglieder
- 50 neue UZ-Abos
- 30.000 Euro für den Wahlkampffond

Diese Zielstellung basierte auf den Diskussionen in der Vorbereitung unserer Bundeswahlkonferenz am 10. Januar 2009 in Berlin und den Diskussionen auf der Bundeswahlkonferenz selbst. Wir gingen in unseren Einschätzungen davon aus, dass „*heute die Situation so günstig wie schon lange nicht mehr*“ ist (Diskussionstribüne, UZ, 5.12.2008). In einem Antrag an die Bundeswahlkonferenz war sogar formuliert, die Kandidatur der DKP sei „*großen Teilen der Arbeiterklasse und vielen fortschrittlichen Menschen .. vermittelbar, so dass die Gefahr einer Isolierung nicht besteht*“ (Antrag der DKP-Wohngebietsgruppe Hamburg/Harburg)

Das Wahlergebnis belehrt uns eines Besseren.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Wir sollten uns bemühen - nachdem es uns nicht gelang, einen einheitlichen, gemeinsamen Wahlkampf zu führen -, uns zumindest jetzt über die gemachten Erfahrungen zu verständigen, und zu gemeinsamen Standpunkten und Schlussfolgerungen zu kommen.

Die Europäische Union rückt nach rechts

Für eine Analyse unseres Ergebnisses scheint es mir notwendig zu sein, das Wahlergebnis für die DKP in das Gesamtbild der Entwicklung in Europa und in Deutschland einordnen:

Die Wahl zum Europäischen Parlament hat die Rechtsentwicklung in der Europäischen Union auch wahlpolitisch zum Ausdruck gebracht. Ein EU-Mitglied nach dem anderen meldete am Wahlabend einen Sieg der Konservativen.

Mit 265 Sitzen bilden die Christdemokraten die stärkste Fraktion. Zwar erzielten auch sie schlechtere Resultate als 2004, aber sie konnten sich besser halten als die Sozialdemokraten, die regelrecht abstürzten und jetzt 184 Mandate haben.

55 Abgeordnete zählt die neugegründete Fraktion konservativer EU-Gegner „Europäische Konservative und Reformisten“.

Besorgniserregend sind die teils starken Stimmenzuwächse für offen reaktionäre, rechtspopulistische und neonazistische Parteien und Gruppierungen mit ausländerfeindlichen, rassistischen und antiislamistischen Orientierungen.

Die Parteien, die sich in der Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) zusammenschließen, kommen auf 35 Sitze.(1999: 55; 2004: 41)¹

¹ Vorläufiges Wahlergebnis am 08. Juli 2009 um 09.22 Uhr CEST

Fraktion	Anzahl der Sitze	Ergebnis in %
EPP 265	36	
S&D	184	25
ALDE	84	11.4
ECR	55	7.5
GREENS/EFA	55	7.5
GUE/NGL	35	4.8
EFD	30	4.1
NA 28	3.8	

Legende:

EPP : Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)

S&D : FRAKTION DER PROGRESSIVEN ALLIANZ DER SOZIALISTEN UND DEMOKRATEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

ALDE : Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Linke und kommunistische Parteien

In unserer Presseerklärung zum Ausgang der Europawahl schreiben wir: *„Zugleich muss man feststellen, dass es den linken Parteien nicht gelungen ist – unabhängig davon, ob es sich um linksreformistische, kommunistische oder andere linke Parteien und Organisationen handelt –, ihre Vorstellungen für einen Weg aus der Krise und für ein anderes Europa überzeugend zu vermitteln. Die linken Parteien stellen noch keine glaubwürdige Alternative dar, um die beginnenden sozialen Widerstände und Proteste in ein alternatives Projekt zu transformieren.“* (Presseerklärung der DKP zum Ausgang der EU-Wahlen 2009)

Hinter diesem generellen Bild gibt es durchaus unterschiedliche Erscheinungen:

- In Portugal z.B. wählten 21.36 % der Wähler links; 10,64 % für das Wahlbündnis der Portugiesischen Kommunistischen Partei, die damit ihre 2 Sitze verteidigen konnte, und 10,72 % für den Linksblock, der damit von 1 auf drei Abgeordnete zunahm.
- In Zypern konnte die AKEL (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes) 34,9 Prozent der Stimmen und damit ihre 2 Abgeordnetenmandate verteidigen.
- Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens blieb mit 14,5 Prozent drittstärkste politische Kraft der Tschechischen Republik und wird künftig 4 Abgeordnete stellen.
- In Frankreich trat die Linksfront an, gewann 6 Prozent der Stimmen, und zu den drei Sitzen der PCF von 2004 weitere zwei dazu.
- In Deutschland hat die Partei DIE LINKE mit 7,5 % ein Mandat dazu gewonnen und kommt jetzt auf acht Abgeordnete. Der Zuwachs von 1,4 %-Punkten liegt aber deutlich unter den Erwartungen.
- In Griechenland verlor die Kommunistische Partei Griechenlands ein Mandat und kommt mit 7,85 Prozent auf zwei Abgeordnete. Das Linksbündnis SYRIZA hat mit 4,55 Prozent wie bisher einen Abgeordneten.
- In Italien haben weder die antikapitalistische Liste Rifondazione comunisti italiani mit 3,2 Prozent noch das linke Bündnis Sinistra e libertà mit 2,9 Prozent die 4-Prozent-Hürde überwinden können. Der tiefgehende politische und kulturelle Wandel in Italien wird daran deutlich, dass es die Arbeiter, die traditionellen Linkswähler, sind, die zur Rechten ab-

GREENS/ EFA : Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz

ECR : Europäische Konservative und Reformisten

GUE/ NGL : Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

EFD : Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“

NA : Fraktionslos

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

wandern; oder ganz dramatisch am Beispiel Marzabotto - dem Ort des schlimmsten Kriegsverbrechens der deutschen Wehrmacht in Italien: Erstmals in der Nachkriegsgeschichte gewannen die Rechten in dieser Gemeinde die Mehrheit.

In dieses Gesamtbild der Entwicklung in Europa ist auch unser Ergebnis einzuordnen.

Gründe für die Schwäche der Linken

Der Kapitalismus befindet sich zwar in der tiefsten Krise seit 1929. Europa driftet immer weiter auseinander. 70 Prozent oder gar noch mehr aller nationalen Gesetze werden von der Europäischen Union vorgegeben, aber die Menschen glauben nicht, dass sie die Wahl über die Entwicklungsrichtung der Europäischen Union haben.

Vor diesem Hintergrund ist die EU auch eine EU der Wahleuthaltung. Diese Akzeptanzkrise ist ein prägendes Moment der Europäischen Union und wird in dem Maße noch weiter zunehmen, wie die Wirtschaftskrise zu wachsender Arbeitslosigkeit und Armut in Europa führt. Die Logik der Pläne der Regierungen und der Europäischen Union bedeuten, dass die arbeitenden Menschen mit ihren Arbeitsplätzen, ihrem Ersparnis und ihrer Zukunft für die Krise bezahlen sollen.

Die Kluft zwischen der Politik der EU und dem Wollen und den Hoffnungen der Menschen ist zu groß, um sie noch für dieses Projekt begeistern zu können.

Aber die Linke hat kein glaubwürdiges, alternatives politisches Projekt, das dem Leben der Menschen eine andere Perspektive geben könnte. In der Krise wird die Linke nicht als Alternative und Hoffnung gesehen; es wird nicht erwartet, dass die Linke etwas an der Arbeitslosigkeit ändern kann.

Die Folge ist eine Orientierung an denen, die an der Regierung sind oder die Regierung bilden können. Dieser Frust ist auch der Boden, auf dem die extreme Rechte mit ihrer reaktionären EU-Kritik an Einfluss gewinnt.

Die Linke ist bisher nicht fähig zu gesellschaftlicher Führung, um mit einem alternativen politischen, sozialen und kulturellen Projekt den Kapitalismus herausfordern zu können. Dies wurzelt in ihrer Unfähigkeit, eine Antwort auf die Niederlage der 1970er Jahre (Sieg des neoliberalen Modells) und auf die darauffolgenden tiefgehenden Veränderungen in der Arbeitsweise und Lebensweise, in den sozialen und kulturellen Einstellungen und Erwartungen der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit dem Übergang zur transnati-

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

onalen, flexiblen, hochtechnologischen Produktionsweise des globalen Kapitalismus zu finden.

Die neue Generation, die den Klassenkampf führen soll, ist von ihrer Jugend an durch Niederlagen der Arbeiterbewegung und durch neoliberale Verhaltens- und Überlebensweisen geprägt.

Wahlkampf der DKP

Diese Gesamtsituation ist nicht durch den Streit um das Listensymbol oder die „richtige“ Losung für den Wahlkampf zu verändern. Diese Gesamtsituation ist realistischere durch die Aktivitäten der DKP - wenn überhaupt - nur geringfügig zu beeinflussen. Schon gar nicht durch einen ein- oder zweimonatigen Wahlkampf.

Allerdings hat die öffentlichkeitswirksame Tätigkeit der DKP im Wahlkampf deutlich zugenommen. Die Bereitschaft vieler Genossinnen und Genossen wieder stärker nach außen zu gehen - Infostände und öffentliche Veranstaltungen zu machen, Flugblätter zu verteilen, zu Plakatieren - ist im Wahlkampf gewachsen.

Mit www.kommunisten.eu haben wir uns einen attraktiven und modernen Internetauftritt organisiert. Mit einem professionell gemachten TV-Clip und dem Radio-Spot haben wir uns Millionen Fernsehschauern bzw. Rundfunkhörern präsentiert.

Mit dem Europa-Wahlprogramm - das auch im Layout eine attraktive Wirkung hatte - haben wir uns europapolitische Positionen erarbeitet, die auf der Höhe der Zeit sind und über die Wahl hinaus eine Grundlage unserer Europapolitik sind. Mit inhaltlich guten und gut aufgemachten Flyern haben wir - auch wenn wir nicht alles realisieren konnten, was wir vorhatten - die Politik der DKP vermittelt.

Insofern war die Wahlbeteiligung ein Vehikel um unsere Politik weiter zu entwickeln und den Aktivitätsgrad zu erhöhen. Die Frage ist: ist sie ein taugliches Vehikel?

Denn die Crux bei Wahlen ist nicht die Beteiligung und der gute Wille, sondern das Ergebnis am Wahlabend, als Maßstab für den politischen - exakter: wahlpolitischen - Einfluss der Partei. Daran werden wir - ob uns das passt oder nicht - von anderen gemessen. Das wirkt sich auch auf die Moral unserer Aktiven aus.

Wahlergebnisse der DKP

Was für die Wahlergebnisse der Linken in der EU gilt, gilt in gewissem Maße auch für uns. Hinter dem generellen Bild eines dramatischen Verlustes an Wählern gibt es - betrachtet man Städte mit dreistelligen Stimmenzahl für die DKP - durchaus unterschiedliche Erscheinungen.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP 11./12. Juli 2009, Essen

Ort	Stimmen 2009	% 2009	Stimmen 2004	% 2004	+ - %
Saarbrücken	208	0,2	469	0,4	-56
Halle	213	0,3	401	0,6	-47
Frankfurt a.M.	219	0,1	414	0,3	-47
Hamburg	518	0,1	900	0,2	-42
Düsseldorf	200	0,1	333	0,2	-40
Essen	373	0,2	577	0,3	-35
Dortmund	224	0,1	332	0,2	-33
Berlin	1.976	0,2	2.903	0,3	-32
Köln	292	0,1	348	0,1	-16
Leipzig	363	0,2	394	0,3	- 8
München	397	0,1	404	0,1	- 2
Potsdam	171	0,4	161	0,4	+ 6
Saalfeld	109	0,2	98	0,2	+11

Gründlicher diskutieren sollten wir den Zusammenhang - und ob es überhaupt einen gibt - zwischen wahlpolitischer Verankerung auf kommunaler Ebene und Bundestags- bzw. Europawahlen:

Ort	Stimmen 2009	% 2009	Stimmen 2004	% 2004	+ - %
Heidenheim	135	0,3	253	0,5	-47
Freiburg	81	0,1	154	0,2	-49
Tübingen	43	0,1	84	0,1	-49
Essen	373	0,2	577	0,3	-35
Bottrop	249	0,7	325	0,9	-23

Das Argument, dass sich die Beteiligung an Bundestags- oder Europawahlen positiv für die Kommunalwahl auswirkt, scheint mir nicht stichhaltig zu sein. Ist es nicht eher so, dass bei Kommunalwahlen - vergleichbar zu Betriebsratswahlen - die Persönlichkeiten gewählt werden; dies aber nicht dazu führt, bei „politischen“ Wahlen die DKP zu wählen?

Und umgekehrt: Wo soll die positive Rückkopplung auf das Kommunalwahlergebnis sein, wenn wir 0,1 Prozent erzielen?

Es gibt auch keinen Automatismus - das zeigt Niedersachsen -, dass sich ein Landtagsmandat in Stimmen für die DKP umsetzt.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Sieben Schlussfolgerungen:

1. Wir haben einen aktiven Wahlkampf geführt. Dafür ein Dank an alle Genossinnen und Genossen, die sich daran beteiligt haben.
2. Die DKP hat sich bei dieser Europawahl mit unterschiedlichen Positionen, Forderungen, Plakaten präsentiert. Es gibt keine bedeutsamen Unterschiede bei den Wahlergebnissen, die sich auf diese Frage zurückführen ließen.
3. Das Wahlergebnis zeigt, dass es gegenwärtig keinen wahlpolitisch zählbaren Raum für die DKP neben der Partei DIE LINKE - zumindest bei Europa-, Bundestags- und Landeswahlen - gibt.
4. Unsere Stärke liegt im außerparlamentarischen Raum; dort sind wir und unsere Politik akzeptiert; dort werden wir ernst genommen. Zumindest hat unser Wahlkampfkonzept - den Wahlkampf entlang den Themen und den Aktionen der Bewegungen zu führen, mit dem Ziel, die Bewegungen zu stärken und die DKP als Teil der Bewegungen zu profilieren - diese Orientierung unterstützt.

Ob das Ergebnis das Ansehen und die Positionen der Genossinnen und Genossen, die in Bewegungen aktiv sind, schadet, ist im Moment noch nicht zu klären; auf jeden Fall trägt es nicht dazu bei, unseren Einfluss zu befördern. Im besten Fall, wurde gar nichts anderes erwartet; was aber dem Ansehen der Partei auch nicht zuträglich ist.

5. Voraussetzung für ein Antreten der DKP bei überkommunalen Wahlen mit der Aussicht auf ein einigermaßen akzeptables Wahlergebnis - sind entwickelte Kämpfe der außerparlamentarischen Bewegungen mit zumindest ansatzweise antikapitalistischem Charakter; Kämpfe, die nicht nur defensiv, sondern zumindest ansatzweise auf gesellschaftliche Veränderungen gerichtet.

So wenig die Krise des Kapitalismus zu einer Linksentwicklung führt, so wenig gibt es auch einen Automatismus, dass sich sozialer Protest und sozialer Widerstand in eine alternatives politisches Projekt transformieren. Dies zu organisieren ist Aufgabe einer Partei - insbesondere einer kommunistischen Partei wie der DKP.

Der Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten und gegen die durch den Kapitalismus hervorgerufenen Zerstörungen soll nicht nur zur Verbesserung der Lebenssituation großer Teile der Bevölkerung führen und zur Erweiterung demokratischer Freiheiten beitragen, sondern auch zur Veränderung der Lebenseinstellungen, der Erwartungen und des Handelns der Menschen. Denn mit dem Kampf um Veränderungen sollen sich auch die Handelnden verändern. Demokratie, Selbstorganisation und Aufbau von Gegenmacht - das sind die zentralen Punkte.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Ein sozialistisches Projekt kann nur aus den Auseinandersetzungen und den damit verbundenen kollektiven Lernprozessen erwachsen. Aufgabe einer kommunistischen Partei ist, diese Lernprozesse zu organisieren; dafür zu wirken, dass aus den Erfahrungen eine systematische, zusammenhängende Sicht auf die Gesellschaft und der eigenen gesellschaftlichen Rolle entsteht (Klassenbewusstsein) und Widersprüche so interpretiert werden, dass sie nicht zu Resig-

nation und Anpassung, sondern zum aktiven Handeln zur Überwindung des Kapitalismus führen.

Wenn also die Selbstbefreiung realer Menschen, die eingesperrt sind in ein System vielfacher Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Entfremdungsverhältnisse, das Ziel ist, dann ist Emanzipation nur als gemeinsames Projekt zu denken. Als Kommunisten haben wir zu prüfen, was unser Ansatz zu diesem Prozess beitragen kann, in dem die arbeitende Klasse selbst ihre Zukunft in die Hände nimmt.

Erst wenn das beginnt zu passieren, dann ist möglich, dass Wahltag ist, und wir werden gewählt.

Deshalb sollten wir zwar jedes Mal prüfen, ob wir uns mit eigenen Listen an überregionalen Wahlen beteiligen, die Beteiligung aber erst beschließen, wenn wir die Bedingungen nach den entwickelten Kriterien dafür reif sind.

6. Also, weil wir als DKP die strategische Achse für den Aufbau von Gegenmacht und die Veränderung der Gesellschaft in der Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes sehen, sollten wir uns auf die Entwicklung der außerparlamentarischen Bewegungen, der Verankerung im Betrieb - im Jahr 2010 sind für uns wirklich wichtige Wahlen: die Betriebsratswahlen - und in der Kommune konzentrieren.

Dort, im außerparlamentarischen Bereich und in den Bewegungen können wir auch mit einzelnen GenossInnen oder mit kleinen Parteigruppen viel bewegen; dort können wir objektive gesellschaftliche Prozesse auch mit unseren bescheidenen Kräften in einem progressiven Sinne beeinflussen und uns Erfolge organisieren.

7. Der Charakter der gegenwärtigen Krise spricht für eine lang anhaltende strukturelle Krise des Kapitalismus. Diese Art von Krisen sind geschichtliche Momente höchster Unsicherheit. Auf Krisen kann reaktionär, konservativ, progressiv oder systemüberwindend geantwortet werden. Angesichts der Tiefe der Krise ist der herrschende Block zu Veränderungen gegenüber bisherigen neoliberalen Strategien gezwungen. So kommt es

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

8. zu einer Konstellation der Offenheit und des Übergangs, die mehrere Jahre andauern kann.

Als DKP sollten wir dazu beitragen, dass die Geschwindigkeit erhöht wird, um gemeinsam mit Bewegungen und der politischen Linken eine glaubwürdige wirtschaftliche, politische und kulturelle Alternative, die den Weg zum Sozialismus eröffnet, zu erarbeiten. Das geht nur zusammen.

- Deshalb muss Erstens im Vordergrund die Zusammenarbeit und die Stärkung der Bewegungen und der politischen Linken stehen - und nicht der Kampf gegen Opportunismus und Reformismus. Jede Strömung der Linken hat Verantwortung für das Ganze.
- Wir müssen Zweitens in der Partei darüber eine offene und offensive, streitbare, aber kameradschaftliche Debatte entwickeln, welchen Beitrag die zusein“.
-
- Und weil Drittens eine antikapitalistische Alternative nur glaubwürdig ist, wenn sie Europa umfasst, müssen wir zum Einen die bilaterale Zusammenarbeit mit den kommunistischen Parteien in Europa mit dem Ziel der Bildung eines kommunistischen Netzwerkes und zum Anderen unsere Mitarbeit in der Partei European Left intensivieren. . Denn die *„DKP wird weiter für ein Europa kämpfen, in dem der Weg zum Sozialismus geöffnet wird. Wir wollen dieses Ziel gemeinsam mit den vielen anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften, die für ein friedliches, demokratisches, soziales, feministisches und ökologisches Europa kämpfen, erreichen.“* (Presseerklärung der DKP zum Ausgang der EU-Wahlen 2009)

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Unkorrigiertes Manuskript.
Es gilt das gesprochene Wort.

Zu den Ergebnissen und zu Schlussfolgerungen aus dem Pressefest der UZ – Fest der Solidarität 2009

Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP

„Das Pressfest liegt wieder hinter uns. Zeit, zurückzublicken, Eindrücke zu verarbeiten und Schlussfolgerungen zu ziehen. Auf unserer Mitgliederversammlung in Solingen am 24. 06.09 haben wir das getan. Übereinstimmung besteht darin, dass unser Fest eines der besten nach 1989 war. Ein wichtiger Grundstein dazu wurde durch die langfristige informative und ideenreiche Vorbereitung in Form des Tagebuches unseres Genossen ‚Abc‘ in der UZ gelegt. Erstaunlich, was unsere kleine Partei für eine Kraft ausgestrahlt hat. Was könnten wir leisten, wenn wir einheitlich und geschlossen handeln. Es ist uns gelungen, das größte linke Fest mit zahlreichen kulturellen, politischen, solidarischen und volksnahen Aussagen zu organisieren. Wir können nicht alle Eindrücke widerspiegeln. Nur soviel aus Solingen: Wir haben auf dem Fest einen 18-jährigen Antifaschisten in die Partei aufgenommen und ein 16-Jähriger hat seine Bereitschaft erklärt, ebenfalls Mitglied zu werden. Außerdem wurde auf dem Fest mit sieben jungen Genossinnen und Genossen die SDAJ Solingen neu gegründet.“
Das ist ein Auszug aus einem Schreiben der Genossinnen und Genossen des Kreisvorstandes der DKP Solingen.

„...nun sind nach dem UZ-Pressefest ein paar Tage vergangen, und vielleicht gab es jetzt auch schon ein wenig Gelegenheit, das Ganze Revue passieren zu lassen. Aus unserer – Evil Flames – Sicht war es ein heißes und rauschendes Fest. Es hat uns sehr viel Spaß bereitet, zu einem wirklich gelungenen Gesamtfest beizutragen.“
Diese Meinung sendet uns der Verantwortliche Freund Thomas van Hal von den Evil Flames.

Der Organisationssekretär, unser Genosse Christian, ist mit seinen ersten Bemerkungen zur Auswertung des 16. Pressefestes gewohnt differenziert in seinen Einschätzungen. Dort heißt es u. a.: „Aus meiner Sicht wurde die Konzeption zur Vorbereitung und Durchführung des Pressefestes der UZ - Fest der Solidarität 2009 im Wesentlichen umgesetzt.“ Dann hat er wichtige weitere Punkte zur Auswertung benannt, die auch in dieses Referat eingehen werden. Christian hat u. a. darauf hingewiesen: „Bei der Bewertung des Festes dürfen wir nicht vergessen, dass dieses Fest in der tiefsten Wirtschaftskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurde, eine Krise, die vor allem die arbeitenden, lernenden und bereits ausgegrenzten Menschen betrifft. Diese Krisenauswirkung hat viele davon nicht abgehalten, zu unserem Fest zu kommen und mit den Kommunistinnen und Kommunisten und ihrer Zeitung, der UZ, zu feiern.“

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Parteivorstand hatte während seiner Sitzung am 13./14. Dezember 2008 beschlossen: „Schwerpunkte des Festes bleiben weiterhin: Gemeinsam gegen Kriegspolitik, Sozialkahlschlag, Demokratieabbau und Rechtsentwicklung“.

Weiter heißt es in dem Beschluss: „Mit unserem Pressefest der UZ - Fest der Solidarität 2009 wollen wir Kraft und Optimismus vermitteln und in unserem Umfeld neue Aufmerksamkeit für die DKP und ihre Politik und ihre Zeitung, die UZ, schaffen. Der Respekt und die Anerkennung, die uns in vielfältigen Aktionen und Demonstrationen entgegen gebracht wurden, sollten für das Fest genutzt werden. Das Pressefest der UZ - Fest der Solidarität 2009 soll die günstigen Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der DKP so gestalten, dass es mehr Ausstrahlungskraft für kommunistische Politik gibt und Mut macht für die politische Arbeit der DKP. Es ist ein Fest der Gesamtpartei. Das erfordert eine Kräftekonzentration und Abstimmung von zentralen und bezirklichen Aufgaben. Das erfordert die Solidarität miteinander und in der gemeinsamen Arbeit, für ein erfolgreiches, an Ausstrahlungskraft gewinnendes Pressefest der UZ - Fest der Solidarität.“

Wir können heute feststellen, dass die Beschlussfassung erfolgreich umgesetzt wurde. Wenn wir auch nicht vernachlässigen und vergessen wollen, dass es auch während dieses Festes Schwachpunkte gab, an denen wir weiter arbeiten müssen. Der größte Erfolg ist meines Erachtens, dass wir mit diesem Konzept erneut ein ausstrahlungsfähiges Projekt in der Linken praktisch umgesetzt haben, dass es wiederum mehr als 50.000 Menschen waren, die an drei Tagen dieses Fest genossen und mitgestaltet haben. Alle, die dort waren, betonen die einzigartige solidarische Atmosphäre. Für viele, die neu dabei waren, war es ein Riesenerlebnis.

Das alles ist nicht selbstverständlich. Wir haben uns diesen Erfolg erarbeitet. Dazu sollten wir uns gegenseitig beglückwünschen und darauf sollten wir für die Zukunft aufbauen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

zu den Ergebnissen und Schlussfolgerungen gehört auch die Bewertung von einigen Teilaspekten es gesamten Festes.

- Eine Gesamtfinanzabrechnung können wir heute im Detail noch nicht vorlegen. Soviel: Der Finanzrahmenplan zum Pressefest der UZ - Fest der Solidarität 2009 wurde während der 4. Tagung des Parteivorstandes am 13./14. Dezember 2008 beschlossen. Soweit bisherige Ergebnisse vorliegen, werden wir im Rahmen dieser gesamten Planung sein. Wie Ihr wisst, haben wir beschlossen, ein Gesamtvolumen von 193.000 Euro nicht zu überschreiten. Auch durch den finanziellen Rahmen wird deutlich, dass unser Fest nur gelingen kann, wenn das ehrenamtliche Element und die solidarische Unterstützung durch viele Genossinnen und Genossen funktioniert. Das Gesamtfest, so auch

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

die finanzielle Seite, funktioniert nur dann, wenn es als Kampagne langfristig vorbereitet wird, die Vorbereitung in großer Kollektivität und Solidarität miteinander harmonisiert und wenn Einzel- und Kollektivverantwortung so wahrgenommen wird, dass sich die Beschlüsse und Konzepte dann wirklich in der Praxis durchsetzen. Je besser die Planung, desto mehr Möglichkeiten sind auch zur Improvisation und zur kreativen Weiterentwicklung. Wie dies auch für andere Bereiche der Parteiarbeit funktionieren kann, zeigte eindrucksvoll das Pressefest der UZ - Fest der Solidarität.

- Außenstehende können oft nicht begreifen, wie eine Partei unserer Größe und Stärke überhaupt ein solches Fest vorbereiten und durchführen kann. Das geht vor allem deswegen so gut, weil wir Genossinnen und Genossen in unseren Reihen haben, die ein überaus hohes Maß an innerparteilicher Solidarität leben, sich zum Beispiel Urlaub für Auf- und Abbau nehmen und in der Regel sogar nicht wenig eigenes Geld noch investieren, damit alle Aufgaben erfüllt werden können. Die Genossinnen und Genossen, die konzeptionell das Pressefest planten und den Auf- und Abbau organisierten, haben einen großen Anteil an dem Erfolg. Sie waren in der Lage, eine entsprechende Planung zu entwickeln, die jeweiligen Abteilungen, die für Aspekte des Auf- und Abbaus verantwortlich sind, anzuleiten, und das in einer Art und Weise, dass es kaum zu Reibereien und Auseinandersetzungen kam, und sie hatten einen Detailüberblick, der beeindruckend ist. Zudem sind die Genossinnen und Genossen, die für Auf- und Abbau verantwortlich sind, in sehr solidarischer, kritischer und selbstkritischer Form bereit, dazuzulernen, zu verbessern, Anregungen anderer Genossinnen und Genossen aufzunehmen. Zu diesem Erfolg trägt selbstverständlich auch die Verpflegung und Versorgung bei, wir bedanken uns vor allem bei den Genossinnen und Genossen, die diese Aufgabe leisteten. Eins ist sicher so: Sie schaffen mit der Art, wie sie die Verpflegung organisieren, was deren Qualität angeht, eine solche Atmosphäre, die alle schwierigen Aufgaben dann auch leichter lösen lässt.
- Das politische an einem Strang Ziehen zeigte sich auch in der Verflechtung verschiedener Aspekte, ob es kulturelle Beiträge, politische Diskussionsrunden, Informationsstände oder die Literatur und Kunst war – der rote Faden dieses Pressefestes war der notwendige Kampf gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau, der sich in vielfältigen Facetten widerspiegelte. Dabei ging es nicht nur um Widerstand. Es ging auch um Alternativen und Perspektiven dieses Kampfes. Vielleicht ist es uns manchmal sogar zu wenig bewusst, welche Ausstrahlung diese DKP für sozialistische und kommunistische Kulturpolitik heute hat. Diese Ausstrahlung resultiert auch aus Erkenntnissen von Künstlerinnen und Künstlern, dass es heute auch einen Kampf um eine Zukunft gibt, in der Frieden, soziale Rechte und Leistungen, Demokratie und gesellschaftlicher Fortschritt durchgesetzt werden muss. Die Vielfalt der kulturellen und künstlerischen Beiträge ist im Rahmen eines Volksfestes so nur einmalig bei uns zu erleben. Ähnliches gilt für die Diskussionsrunden. Nach dem unvollständigen Überblick hat es 50 dieser Art gegeben zu den unter-

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

- schiedlichsten Themen, manchmal zu speziellen Fragestellungen, aber auch zu gesellschaftspolitischen Zukunftsvorstellungen und zu den Aufgaben der Linken in der nächsten Zeit. Dieser Teil des Festes ist ebenfalls unabdingbar. Auch das ist bei anderen Festen dieser Art nicht erlebbar, dass unterschiedliche Teile der Linken konstruktiv, wenn auch in Einzelfragen durchaus kontrovers, über diese wichtigen Themen diskutieren. Es ist uns noch nicht gelungen, Podien so zu besetzen, dass zumindest für die zentralen Diskussionsrunden noch mehr Attraktivität entsteht. Daran gilt es weiter zu arbeiten. Dennoch, wir sollen an diesem Grundkonzept festhalten und es mit Geduld, aber auch zielgerichtet weiter entwickeln.
- Das Fest der Solidarität lebte auch von der Tatsache, dass 30 kommunistische und linke Parteien Gäste der DKP waren, teilweise ihre Arbeit vorstellten, über die jeweiligen eigenen Ziele informierten und sich ganz bewusst als Teil dieses größten Festes der Linken begriffen. Darüber hinaus waren 70 Initiativen, Bewegungen, Vereine, Parteien und Zeitungen mit eigenen Informationsständen oder Beiträgen dabei. Vor allem die Casa Cuba hat sich erneut und noch mehr als bisher als zentraler wesentlicher Teil des Festes erwiesen. Neben den kulturellen und kulinarischen Genüssen ging es dort auch um die Vermittlung der politischen Konzeption der KP Kubas und den Kampf um die Freilassung der Fünf und die Aufhebung der Blockade Kubas durch die USA. Als ich vor wenigen Tagen die Botschafterin Venezuelas während der Verabschiedung des Botschafters der Republik Kuba traf, merkte ich schon bei ihrer Begrüßung, wie die Begeisterung über das gelungene Fest und das Zelt Venezuelas anhaltend bei ihr wirken. Ein neuer Schritt ist gelungen: Das Vietnamzelt bietet nicht nur hervorragende Spezialitäten zum Essen an, sondern hat sich erstmals auch mit einem Informationsstand politisch dargestellt. Der Redebeitrag des Generalkonsuls der Sozialistischen Republik Vietnam war nach der gelungenen Eröffnung unseres Festes durch den Chefredakteur der UZ, unseren Genossen Wolfgang Teuber, auch Ausdruck unseres internationalistischen Verständnisses. In der Einschätzung des Festes der Solidarität brachten die Vertreter der Parteien, die dazu sprachen, ihre Begeisterung, ihre Hochachtung vor der DKP und ihre Freude zum Gelingen des Festes zum Ausdruck. Die internationale Beteiligung ist eine große Stütze des Pressefestes.
- Zum Kinderfest schreibt Genosse Christian Koberg in seiner Einschätzung: „Für Eltern mit Kindern aus der näheren Umgebung wurde durch das spannende und interessante Kinderfest auch die Möglichkeit gegeben, sich umzuschauen und Eindrücke zu gewinnen. Das Kinderfest gewinnt immer mehr an Ausstrahlung in die unmittelbare Umgebung und lockt Eltern mit ihren Kindern. Diese Entwicklung ist beim Jugendbeitrag trotz der gerade stattgefundenen Schüler- und Studentenaktionen noch nicht so umgesetzt worden. Viele Jugendliche, die auf dem Fest waren, sind nicht (ob bewusst oder unbewusst, ist nicht bekannt) in den Jugendbereich gegangen. Auch hier muss nachgearbeitet werden.“

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

- Im Beschluss der Parteivorstandstagung von Dezember 2008 hatten wir auch beschlossen, „... im Mittelpunkt des Festes steht deshalb der Kampf um den Erhalt der UZ als Wochenzeitung, die Gewinnung neuer Abonnentinnen und Abonnenten und die allseitige Stärkung der DKP“. Hier einige Aspekte dazu. Das Gesamtfest wurde durch vielfältige Veröffentlichungen und Werbematerialien, in UZ-Extras, in Flyern, auf Plakaten, in Artikeln, in Presseveröffentlichungen vorbereitet. Szenezeitungen brachten ausführliche Vorberichte. Trotz vieler Bemühungen gelang es uns nicht, in den öffentlichen Medien Dortmunds präsent zu sein, um für das Fest zu werben. Hier scheint es eine Blockade gegeben zu haben. Das zeigt sich auch daran, dass nach dem Pressefest keine Zeile in irgendeiner Zeitung vor Ort dazu veröffentlicht wurde. Da ist es schon ein Erfolg, wenn WDR 3 einen längeren Beitrag brachte, auch wenn er wie gewohnt nicht ausgeglichen fair über dieses Pressefest informiert hat. Wir werden uns weitere Gedanken darüber machen müssen, wie es uns gelingt, in den Medien, vor allem Dortmunds und der Umgebung, anders präsent zu sein als bisher. Viele Dortmunderinnen und Dortmunder, die eher zufällig zum Fest kamen, waren überrascht. Zumindest jene, die sich äußerten, dann auch eher begeistert.
- Im Rahmen unserer Vorhaben zur Agitation und Propaganda gelang es uns, während des Festes 934 Buttons und 839 UZ zu verkaufen, das sind 7 Prozent mehr als noch beim letzten Fest. Insgesamt wurden bisher 6.192 Buttons abgerechnet. Es gelang uns nur teilweise, organisiert auch an den Infopunkten UZ-Abonnenten und Mitglieder zu werben. Der bisherige Rücklauf zeigt, dass es uns gelungen ist, offensichtlich in ähnlichem Umfang wie beim letzten Fest Mitglieder zu gewinnen. 21 Beitritte sind bisher bekannt. Über Abonnentinnen- und Abonnentenzahlen gibt es keine Berichte. Gemeinsam werden wir darüber nachdenken müssen, mit welchen Formen und Methoden und in welchem Umfang wir diese wichtige Seite unserer Tätigkeit qualifizieren können. Genosse Werner Sarbok schätzte in einer ersten Auswertung der AG Agitation ein: „Die Gewinnung von Helfern gelang nicht in ausreichendem Maße, so dass die Ideen hinsichtlich einer Agitationsgruppe auf dem Gelände nicht realisiert werden konnten.“ Dabei können wir auch von bestimmten Bereichen lernen, die uns diesmal in neuer Qualität gelungen sind, zum Beispiel bei der Ordner Tätigkeit.
- Das Problem der Sicherheit des Festes und der Tätigkeit von Ordnerinnen und Ordner hatte eine herausragende Bedeutung in Vorbereitung und Durchführung des Festes. Wir waren gewarnt durch den Naziüberfall auf die 1.Mai-Kundgebung des DGB in Dortmund. Wir kannten die Überlegungen der Nazis, jetzt stärker auf die Auseinandersetzung mit linken Kräften, dabei namentlich der Partei Die Linke, der DKP und der MLPD zu konzentrieren. Wir erarbeiteten uns gemeinsam das Ziel, 100 Ordnerinnen und Ordner in festen Strukturen zu schaffen, die dann unter einer einheitlichen Leitung in der Lage sind, gegen jede Angriffe entsprechende Gegenmaßnahmen zu finden und dafür zu sorgen, dass das Fest der Solidarität in dem von uns beschlossenen Rahmen stattfindet. Eines der wichtigsten Ergebnisse dieses Festes ist, dass die Nazis nicht in der Lage waren, das Fest zu stören. Die wenigen Versuche,

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

- 11./12. Juli 2009, Essen

auszuloten, was an Störungen ging, wurden rasch unterbunden. Diese Konsequenz blieb nicht ohne Eindruck. Es bewahrheitete sich erneut: eine gute, organisierte Sicherheit ist die beste Garantie für einen reibungslosen Verlauf des Festes. Daran gilt es weiter zu arbeiten. Nach ersten Einschätzungen sind wir jetzt in der Lage, in sieben Bundesländern neue Ordnerstrukturen aufzubauen, die dann auch politische Veranstaltungen aller Art absichern können. Der Parteivorstand sollte sich bei allen Genossinnen und Genossen der Ordnerleitung für deren Tätigkeit bedanken.

- Es wäre noch so viel im Detail zu vermelden, zum Beispiel, dass die Lose der Tombola vor Beendigung des Festes ausverkauft waren. Dass es der Auf- und Abbauleitung gelang, in kurzer Zeit eine Wasserbrigade zusammenzustellen, nachdem kurzfristig die Helferinnen und Helfer aus diesem Bereich aus unterschiedlichen Gründen nicht die Aufgabe leisten konnten. Dass es erstmals seit langen Jahren wieder gelang, einen Frauenbeitrag im Rahmen des Festes durchzuführen. Dass sich das Konzept der Bühne 1 und 2 bewährt hat, auch deswegen, weil es nicht erneut ein so vollgestopftes Programm wie bisher gab. Dass die Bezirksstände ein gut besuchtes, interessantes, ideenreiches Programm nicht nur politischer, sondern auch kultureller und kulinarischer Art angeboten haben. Essensangebote waren praktisch am Ende des Festes ausverkauft. Dass die Kolleginnen und Kollegen Beschäftigten des Revierparks und die Leitung dort in einer durchaus nicht selbstverständlichen Art von Solidarität und Zusammenarbeit uns immer wieder geholfen haben, auch bei der Lösung von komplizierten Problemen. Dass wir nach anfänglichen Schwierigkeiten auch eine kooperative Zusammenarbeit mit der örtlichen und regionalen Polizei durchsetzen konnten. Dass erneut die Helferinnen und Helfer des Roten Kreuzes kaum beschäftigt waren, dieses Fest eben nicht jugendliche Alkoholleichen produziert, sondern dieses Fest eine ganz andere Attraktivität und Ausstrahlung hatte. Zu erwähnen ist der „kulturvolle“ Umgang auch mit den Künstlerinnen und Künstlern, dass Konstantin Wecker und seine Band sich so wohl fühlten, dass sie bis weit in die Nacht mit Genossinnen und Genossen zusammen feierten und und und. Lassen wir uns den von uns organisierten Erfolg nicht klein reden. Beachten wir die Erfahrungen auch für unsere weitere politische Tätigkeit und ziehen wir Kraft daraus für die notwendige Stärkung von UZ und DKP.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir werden diese Kraft und Zuversicht brauchen. Aus den Entwicklungen selbst heraus wird sich kein Automatismus zur Stärkung von DKP und UZ ergeben. Nur in der bewussten und gewollten Einheit, mit der Entwicklung von kluger kreativer kommunistischer Politik und bewusster organisierter solidarischer Tätigkeit lassen sich Erfolge organisieren. Dabei sollten wir uns nicht nur auf kurzfristige Zielstellungen orientieren. Wir brauchen, wie wir es bereits oft betont haben, auch jetzt einen langem Atem und sollten nicht hektisch nach vermeintlichen Rezepten suchen, die es uns vermutlich ermöglichen, schneller stärker zu werden. Die Grundlage für ein wachsendes

7. Tagung des Parteivorstands der DKP 11./12. Juli 2009, Essen

politisches Gewicht der DKP liegt in der konsequenten Umsetzung von Programmatik und Politik, wie wir sie beschlossen haben, in der eigenverantwortlichen Umsetzung dieser Beschlüsse auf allen Ebenen.

Es ist unabdingbare Aufgabe vor allem des Parteivorstandes, auch der Diskussion in Bezirken, Kreisen und Gruppen die politischen Entwicklungen zu verfolgen, Schlussfolgerungen zu ziehen und zu reagieren. Die Krisenerscheinungen im Kapitalismus sind eine nachhaltige Bestätigung der Theorien von Marx, Engels und Lenin sowie der Programmatik und des politischen Selbstverständnisses der DKP. Dass dies längst nicht alle so sehen, auch wenn größere Teile der Bevölkerung von den direkten Auswirkungen betroffen sind, wird nur jene in unserem Land verwundern, die die Widersprüchlichkeit der Entwicklung selbst oder von Wissen und Bewusstsein oder die Kompliziertheit der Diskussion zu neuen Kampfformen und Kampffeldern und Zielen von Kämpfen nicht richtig einschätzen. Wir dürfen nicht übersehen, was sich auch in diesen Tagen konkret entwickelt. Wir dürfen nicht ausblenden, dass wir uns in einem Prozess von Entwicklungen befinden, die letztendlich auch zu Brüchen im Denken und Handeln größerer Teile der Kolleginnen und Kollegen führen können. Einige Beispiele dazu aus ganz aktuellen Entwicklungen in der internationalen Politik. Der heutige Präsident der USA, Obama, muss anders auf die ökonomischen und politischen Herausforderungen dieser Zeit reagieren, als es seine Vorgänger taten. Einige Aspekte dazu:

- Eine wie bisher üblich initiiert organisierte Unterstützung des Putsches in Honduras ist so nicht mehr durch die US-Politik möglich. Honduras wird aus der OAS ausgeschlossen.
- Die Ignoranz gegenüber den Herausforderungen einer möglichen Klimakatastrophe kann nicht, wie noch unter US-Präsident Bush, durchgehalten werden, dies zeigen die Ergebnisse des Gipfels (G8 – G20).
- Der Druck durch die US-Bevölkerung und international ist in einem Maße gewachsen, dass auch das einseitige Setzen auf neue kriegerische Konflikte, die permanente Eskalation von Kriegen nicht mehr ohne „Gesichtsverlust“ möglich ist. Wenn wir dies feststellen, verbreiten wir damit keine Illusionen über den heutigen Imperialismus und fördern damit keine entsprechenden Sichtweisen. Aber wir haben allen Anlass festzustellen, dass unter den Bedingungen der Entwicklung von Krisenerscheinungen dieses Ausmaßes im Kapitalismus neue Chancen auch für Forderungen und internationale Bewegungen entwickelbar sind, dass es heute möglich ist, Druck auszuüben, auch um politische Verhältnisse zu verändern. Die kapitalistische Weltordnung wird weiterhin dominant von den USA gestaltet, aber sie kann nicht mehr so gestaltet werden, wie es noch zu Zeiten des US-Präsidenten Bush möglich war. Das ist auch für uns eine Herausforderung zur beständigen Analyse und Schlussfolgerungen.
- Wir erleben ein Aufbrechen von sozialen und politischen Widersprüchen, die zur Rebellion führen, in Teilen der Welt, zurzeit zum Beispiel im Iran. Wir sollten uns bei der Bewertung der Ereignisse dort nicht auf selbsternannte „antiimperialistische“ Iran-Experten orientieren. Wir haben allen Grund, die Erklärungen der Tudeh-Partei, unserer Bruder- und Schwesterpartei, sehr

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

gründlich zu studieren, sie weisen auf den untrennbaren Zusammenhang der sozialen Frage und der Frage der Demokratie. Wir sollten den Antiimperialismus der kommunistischen Bewegung verteidigen.

- Wir erleben seit zwei Jahren verstärkt eine ständig entwickelte Kampagne mit dem Ziel, Chinas ökonomische und politische Entwicklung zu stören und den Versuch, das politische System der Volksrepublik China zu destabilisieren. Dies ist auch eine Antwort des Imperialismus auf die zunehmende Stärke Chinas und das wachsende Selbstbewusstsein der Bevölkerung und der Kommunistischen Partei sowie der Regierung der Volksrepublik. Mit Nachdruck fordern wir, jede Art von Einmischung in die Angelegenheit der chinesischen Bevölkerung zu unterlassen. Die aktuelle Kampagne benutzt das Volk der Uiguren zu antichinesischer Propaganda.
- Wir erneuern unsere Solidarität vor allem mit unseren Genossinnen und Genossen, aber auch mit allen anderen fortschrittlichen Kräften im Iran die gegen das dortige reaktionäre Regime kämpfen. Wir solidarisieren uns mit den progressiven politischen Teilen der Bevölkerung Honduras, die einen selbstbestimmten Weg im Rahmen eines neuen Aufbruches einiger Völker Lateinamerikas gehen wollen. Wir verteidigen unsere antiimperialistische Grundposition auch in Auseinandersetzung mit jenen, die ohne Klassenanalyse, ohne Berücksichtigung der Ursachen und der Kämpfe und der handelnden Subjekte fernab von den Orten des Geschehens abenteuerliche Positionen veröffentlichen, die objektiv entsolidarisieren und die sich damit sicher oft ungewollt objektiv zu Unterstützern für reaktionär-klerikale Kräfte machen.
- Zu den aktuellen Entwicklungen gehören auch die Maßnahmen zur Durchsetzung des Lissabon-Vertrages nach den EU-Parlamentswahlen. Die irische Bevölkerung wird erneut unter Druck gesetzt. Es wird versucht, eine Gehirnwäsche über die Medien zu organisieren, und es wird nach den alten Prinzipien von Zuckerbrot und Peitsche vorgegangen. Zwar fehlen nachvollziehbare Einschätzungen, zu befürchten ist, dass in den bürgerlichen Medien nicht nur Zweckpropaganda betrieben wird, wenn behauptet wird, dass das Abstimmungsergebnis diesmal anders aussehen wird. Es wird vor allem behauptet, dass für die Bevölkerung Irlands aus der Mitgliedschaft in der EU eine bessere Position zur Lösung der umfassenden Krisenerscheinungen entsteht. Aber auch der möglicherweise dann durchgesetzte Vertrag von Lissabon wird die Widersprüche und Probleme in der EU nicht auflösen können. Es wird nicht von gravierender Bedeutung sein, wie das Bundesverfassungsgericht jetzt zum EU-Vertrag geurteilt hat. Die Einschätzung und Argumentation von Genossen Georg Polikeit in der UZ ist aus meiner Sicht richtig, es wird von Bedeutung sein, ob es gelingt, Belegschaften, Gewerkschaften, außerparlamentarische Bewegungen und auch die kommunistischen Parteien EU-Europas zum gemeinsamen Handeln zu koordinieren, um in neuer Qualität den Angriffen des Kapitals und seiner Regierungen, Widerstand zu leisten. Wir sollten unsere Anstrengungen verstärken, um im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten, zum Beispiel des Europäischen Sozialforums, in der Zu-

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

sammenarbeit mit der neuen Fraktion GUE/NGL im Parlament in Brüssel, in der aktiven Mitarbeit als Beobachterpartei in der EL, in bilateralen und multilateralen Treffen

der kommunistischen und Arbeiterparteien, die es auch auf der Ebene Europas zu schaffen gilt, eine Konzeption des Widerstandes und für Alternativen und Perspektiven zu entwickeln. Dies ist schwierig, aber es bleibt ohne Alternative, wenn wir anders als bisher erfolgreich gegen Deregulierung, Flexibilisierung, Sozial- und Demokratieabbau kämpfen wollen und wenn es uns gelingen soll, größere Teile der Arbeiterklasse von einer positiven Haltung zur EU zu lösen und sie für gemeinsame Aktionen zu gewinnen. Das Wahlergebnis zu den EU-Parlamentswahlen zeigt nachhaltig, was passiert, wenn linke Hegemonie nicht durchgesetzt wird. Eine Folge ist die Rechtsentwicklung jetzt. Wir sind dazu verpflichtet, das, was wir in den Wahlpolitischen Forderungen zur EU-Wahl erarbeitet und beschlossen haben, weiter in der Politik und Praxis der DKP umzusetzen.

Die politischen Herausforderungen werden wachsen. Vieles von dem, was das Sekretariat bereits in seiner ersten Erklärung zur Krise im Kapitalismus analysiert hat, setzt sich so um. Es erweist sich zum Beispiel, dass die politisch Verantwortlichen in Regierungen weder eine Analyse und schon gar kein Konzept haben zur Lösung der entstandenen Probleme im Sinne der Bevölkerung. Das Gegenteil ist der Fall. Die Krisenauswirkungen werden genutzt zu einer gewaltigen Umverteilung zu Gunsten des Kapitals, zu weiterer Konzentration und Zentralisation mit dem Ziel, Profite zu erhöhen und zu einem Schleifen aller sozialen Rechte und Leistungen. Ja, das ganze Sozialsystem ist existenziell gefährdet. Die Armut größer werdender Teile der Bevölkerung nimmt zu. Ängste vor der Zukunft entwickeln sich, wenn auch noch nicht in der Mehrheit der Bevölkerung. Die Erkenntnis wächst, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Es gibt eine große Koalition aller im Bundestag vertretenen Parteien, die hofft, mit Hinhaltepolitik und aufhellenden Horizonten, die behauptet werden, über den Wahltermin 27. September zu kommen, um dann die aus ihrer Sicht notwendigen Grausamkeiten zu vollziehen. Einzige Ausnahme im Parlament ist die PDL. Allein das Ausmaß an öffentlicher Verschuldung führt im Rahmen des kapitalistischen Systems zum Abbau sozialer Rechte und Leistungen und damit auch zum Abbau demokratischer Rechte. Der zunehmende Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte ist ein deutlicher Hinweis auf die Tatsache, dass die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Konflikte zunehmen werden.

Der Widerstand entwickelt sich, er reicht allerdings bei weitem noch nicht aus, um die Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau zu stoppen. Noch fehlt vielen Menschen das Wissen um die Zusammenhänge und Ursachen der entstandenen Krise. Auch ist das Bewusstsein vernebelt von Lügen und Verdrehungen durch Medien und herrschende Politik, zum Beispiel der Behauptung, dass es in Kürze erneut zu besseren Entwicklungen kommen wird. Noch führten Erfahrungen nicht zur notwendigen qualitativen und quantitativen Änderung von Kämpfen. Noch gelingt es manchem Gewerkschaftsführer wie der IG Metallvorsitzenden, zu suggerieren, dass es ein Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft gäbe, die dann verklärt als bestmögliche gesellschaftliche Variante für Kolleginnen und Kollegen beschrieben wird. Aber das bricht weiter

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

auf, weil in praktischen Leben die Widersprüche erkennbar werden. Die Situation ändert sich partiell und es entwickeln sich auch Debatten mit neuen Aspekten. So schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ am 30. 05.: „Jeder große Konkurs, jede Massenentlassung wird die Stimmung im Land weiter drücken. Die Deutschen, die gerade erstaunlich viel konsumieren, werden ihr Geld bald wieder zusammenhalten. Die Pleiten in der Industrie und im Handwerk können auch die Banken wieder in Nöte bringen.“ Schlussfolgernd heißt es in dem Kommentar: „Es gibt also sehr viele Gründe, warum es nicht so bald aufwärts gehen wird. Wer jetzt meint, das Schlimmste sei überstanden, redet sich die Lage schön. Stattdessen kommt das Schlimmste noch. Die Krise hat gerade erst begonnen.“

In einem anderen Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“ vom 10. 06. heißt es: „Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht ein schöner Satz, der leider nicht mehr viel gilt: Eigentum verpflichtet. Eigentlich wären also die Eigentümer von Arcandor verpflichtet, alles zu tun, um das Unternehmen am Leben zu erhalten. Eigentlich wären sie verpflichtet, um jeden Job zu kämpfen, um jeden Mitarbeiter, um jedes Schicksal, das an ihrem Unternehmen hängt. Doch die Eigentümer von Arcandor fühlten sich am Ende niemandem mehr verpflichtet: ihren Mitarbeitern nicht, aber auch nicht dem Land, der Gesellschaft, dem Staat.“

Meiner Meinung nach liegen wir richtig, wenn wir reale Prozesse, Aktionen und Bewusstseinsveränderungen immer auch konkret analysieren, daraus Schlussfolgerungen ziehen und unsere Aufgabenstellung daraus ableiten. Und manchmal werden durchaus gesellschaftspolitische Zusammenhänge in neuer Qualität auch in Medien formuliert, die sich bisher nicht getraut haben, marxistische Positionen zu veröffentlichen. Im „Stern“ Nr. 20/2009 wurde Eric Hobsbawm, einer der wichtigsten Historiker der Gegenwart, interviewt, und er kommt dort gleich zu Beginn des Interviews zu folgender Schlussfolgerung: „Nein, ich glaube nicht, dass ich dieses Ende, über das ich mich freuen würde, noch erlebe. Als Historiker weiß ich aber, dass es keine Dauerlösung gibt. Auch der Kapitalismus, egal wie zäh er ist und wie sehr er auch in den Köpfen der Menschen als etwas Unabänderliches erscheint, er wird verschwinden früher oder später.“

Meiner Ansicht nach sollten wir diese Überlegungen aufgreifen. Dies erfordert, aktuell stattfindende Ereignisse einzuordnen in Entwicklungen und die gewonnenen Erkenntnisse mit Perspektiven und gesellschaftlichen Alternativen verbinden. Dabei müssen wir aufpassen, dass wir uns nicht durch Verbalradikalismus isolieren. Andererseits aber auch nicht hinter Entwicklungen hinterherlaufen. Insgesamt ist es uns mit der inhaltlichen und organisierten Beteiligung an wichtigen Großdemonstrationen und Aktionen in diesem Jahr gelungen, einen eigenständigen marxistischen Beitrag zu leisten. Darauf können wir für nächste Debatten, aber auch in der Orientierung auf nächste Aktionen aufbauen. Teile der linken Bewegungen verständigen sich zurzeit auf Kongressen, regionalen und zentralen Zusammenhängen über die Erfahrungen des ersten Halbjahres 2009 und ziehen Schlussfolgerungen für den Herbst daraus. Hier und da gelingt es uns bereits, bei solchen Beratungen nicht nur präsent zu sein, sondern auch mit inhaltlichen Positionen einzugreifen. Aber das ist eine der großen

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Herausforderungen, die wir qualifizierter lösen müssen. Das Sekretariat sollte Vorschläge für die Teilnahme von Genossinnen und Genossen vor allem des Parteivorstandes organisieren, die dort für die DKP teilnehmen und auch Position beziehen. Die allgemeinen Appelle haben uns nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Auch bei dem jetzigen Treffen eines linken Initiatorenkreises, u. a. der Gewerkschaftlichen Linken, Teilen der Interventionistischen Linken, Teilen der Friedensbewegung und Attac, in Kassel zur Diskussion der kommenden Aufgaben im Herbst war nicht genügend von uns vorbereitet, so dass wir entsprechend unserer Verantwortung da auch mit Vorschlägen und Ideen hätten eingreifen können. Genossin Ellen Weber hat dort erneut qualifiziert agiert – aber wir brauchen mehr Eingreifen durch mehr Genossinnen und Genossen. Im Parteivorstand müssen wir uns darüber verständigen, worauf wir orientieren. Ausgangspunkt ist und bleibt das Programm, die Erklärung des Sekretariats zur Krise, das veröffentlichte Wahlprogramm zu den EU-Parlamentswahlen und jetzt zu den Bundestagswahlen und weitere Beschlüsse des Parteivorstandes. Wir sollten uns folgende Aufgaben konzentrieren:

1. Die verschiedenen Dialogveranstaltungen. Hier sollten wir die Überlegungen einbringen, dass die Bewegung stärker aus den Verwaltungen und Betrieben und vor Ort wachsen muss, ob es Sozialforen, Bündnisse zur Verteidigung der sozialen Rechte oder von Arbeitsplätzen ist. Die Gesamtbewegung benötigt als tragendes Element Bewegung vor Ort.
2. Wir sollten weiter daran arbeiten, unsere Überlegungen zur Schaffung von gesellschaftlichen Allianzen voranzutreiben. Noch agieren die unterschiedlich orientierten Teile der außerparlamentarischen Bewegung vielfach in getrennten Aktionen, zum Beispiel zu Friedens-, zu Demokratie- und zu sozialen Fragen. Das ist gut so und sollte auch nicht unterschätzt werden. Aber um eine gesamtgesellschaftliche Bewegung zur Durchsetzung einer neuen Politik zu erreichen, brauchen wir eine Vernetzung, wie sie in Ansätzen am 28. 03. bei den Demonstrationen in Berlin und Frankfurt und bei den Aktionen gegen den NATO-Gipfel in Straßburg und Kehl deutlich wurden.
3. Die Vernetzung kann nur funktionieren, wenn es genügend erarbeitete Gemeinsamkeiten gibt. Wir benötigen weitere Diskussionen zur Analyse der Situation, zu Schlussfolgerungen daraus für Losungen, für konkrete Aktionen und Kämpfe, zum politischen Willen der Vernetzung,
4. Der sich weiter entwickelnde Gedanke, dass vor allem außerparlamentarische Bewegungen in der Lage sind, den Politikwechsel durchzusetzen, sollten wir vertiefen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es aus vielen Gründen eine lange gewachsene Parlamentsfixiertheit, wenn es um Politikentwicklung und Entscheidungen geht. Diese Sichtweise muss gebrochen werden zu Gunsten der Wahrheit, ohne die Entwicklung von außerparlamentarischen Bewegungen in neuer Qualität keine politischen Veränderungen im Sinne der großen Mehrheit der Bevölkerung durchsetzungsfähig ist.

Diese und weitere Gedanken sollten wir schon bei den jetzt geplanten und anstehenden Aktionen mit berücksichtigen. Am 5. September ist ein Bankenaktionstag vor allen Dingen in Frankfurt am Main geplant. Am gleichen Tag will vor allem die DGB-Jugend in Zusammenarbeit mit den Einzelgewerkschaften ein großes Treffen von 50.000 jungen Mitgliedern, aber auch deren Familienangehörigen in Frankfurt organisieren, um für die Zukunft der nächsten Generation politische Standpunkte zu ent-

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

wickeln. Die Aktionskonferenz in Kassel beschloss, am 17. September örtliche und regionale Aktionen durchzuführen. Dieser Diskussionszusammenhang plant im Oktober nach den Bundestagswahlen eine bundesweite Diskussion, die als Lehrwoche angekündigt wird, das heißt, dass auch in vielen Regionen und vor Ort Debatten über die Vorbereitung nächster Aktionen stattfinden sollte. Angedacht ist, eventuell im Frühjahr 2010 zu einer erneuten zentralen Großaktion zusammen zu kommen. Ähnliche Debatten laufen zurzeit in der Friedensbewegung, wobei dort auch sehr stark das Problem thematisiert wird, dass trotz zugespitzter Entwicklung in Afghanistan mit bereits mehr als 30 Toten aus den Reihen der Bundeswehr keine größere Beteiligung an den Aktionen der Friedensbewegung erreicht wurde. Ähnliche Debatten gibt es in der Antifa-Bewegung, der es jetzt vor allem darum geht, dass die Forderung nach einem Verbot der NPD von großer Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird, es aber noch nicht gelingt, dies in ein reales Verbot durch die Bundesregierung und Gerichte umzusetzen. Das gilt aber vor allem auch für die Debatte in den Gewerkschaften. Es entwickeln sich die Kontroversen sowohl in der Frage der Analyse der jetzigen Situation als auch zu Schlussfolgerungen und Perspektiven des gewerkschaftlichen Kampfes. Diese Debatte wird weiter aufbrechen.

Derzeit finden unabhängig voneinander Debatten über eine neue Strukturreform des DGB sowie über eine Grundsatzerklärung von ver.di statt. Vorschläge des DGB-Bundesvorstandes zur Strukturreform lassen befürchten, dass die Dachorganisation finanziell geschwächt, innergewerkschaftliche Demokratie abgebaut wird und letztendlich die ehrenamtliche örtliche Arbeit dadurch nachhaltig geschwächt werden wird. Der Gewerkschaftsrat von ver.di hat den Entwurf einer Grundsatzerklärung verabschiedet, der aus meiner Sicht neben richtigen Forderungen auch Illusionen zeigt, der keine Analyse des Kapitalismus, der in ihm wirkenden Kräfte und Gegenkräfte leistet. Zur Verabschiedung im ersten Quartal 2010 soll eine innergewerkschaftliche Diskussion stattfinden. Hierzu gibt es auch im Mitgliedernetz ein Forum.

Die Debatte muss aus unserer Sicht das Ziel haben, die Gewerkschaftsbewegung politik- und handlungsfähiger zu gestalten, sonst wird es sehr schwer werden, die Substanz der Einheitsgewerkschaft zu erhalten. Die im Herbst anstehenden Gewerkschaftstage, die im nächsten Jahr stattfindenden Betriebsratswahlen, die notwendigen Kämpfe von Belegschaften zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Standorten bleiben für die DKP entscheidender Orientierungspunkt. Aus unserer Sicht gilt mehr denn je als zu anderen Zeiten die Orientierung auf die Arbeiterklasse in ihrer heutigen konkreten politischen und strukturellen Zusammensetzung. Sie vor allem muss aktionsfähig werden, um politische Verhältnisse nachhaltig zu verändern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Zusammenhang Pressefest, politische Herausforderungen der Jetztzeit und der vermutlich anstehenden Entwicklungen, das sind die Grundlagen für die politische Verfasstheit und die konkreten Aufgabenstellungen unserer Partei. Jetzt nach dem Pressefest werden wir mit der Vorbereitung des 19. Parteitages beginnen. Auf der 8. Parteivorstandstagung am 3. und 4. Oktober sollen Zielstellungen, Rahmenbedingungen und Aufgaben in Vorbereitung dieses Parteitages beraten und durch den Parteivorstand beschlossen werden. Wir werden Anfang 2010 die Jahreshauptver-

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

sammlungen und Kreiskonferenzen durchführen und dann in den Bezirken und Bundesländern den Parteitag vorzubereiten. Es sollte auch eine Zeit konstruktiver kreativer kritischer und selbstkritischer Diskussion unter uns sein mit dem Ziel, die DKP und die UZ zu stärken. Diese Debatte sollte nicht gelöst werden von den gesellschaftlichen Herausforderungen, von der konkreten öffentlichen Tätigkeit der DKP, von dem Bemühen, politisch und ideologisch stärker zu werden, zum Beispiel durch die Nutzung des Fernstudiums ab dem 1. September. Wir sollten auch darüber nachdenken, dass gerade die gemeinsame Durchführung des Pressefestes bewiesen hat, dass wir in der Lage sind, trotz Meinungsverschiedenheiten gemeinsam ein solches Fest vorzubereiten und durchzuführen. Diese Erfahrung gilt es zu nutzen für die Vorbereitung und Durchführung des Parteitages. Innerparteiliche Solidarität ist genauso unabdingbar wie auch notwendiger offener und ehrlicher Meinungsstreit, wenn es um bestmögliche Lösungen für entstandene Probleme geht. Der Parteivorstand muss allerdings auch zur Kenntnis nehmen, dass es Signale aus einigen Teilen von DKP-Gliederungen gibt, die auf eine weitere Eskalation setzen. Der euch heute vorliegende Beschluss des Koordinierungsrates Sachsen-Anhalt in Auswertung der EU-Parlamentswahlen fordert einen Machtkampf gegen jene Kräfte, die Programmatik der DKP und die politischen Forderungen zu den EU-Parlamentswahlen vertreten. Der Beschluss des Koordinierungsrates Sachsen-Anhalt fordert, wie schon bereits vorher in einem Leserbrief der UZ, die Parteivorstandsmehrheit und die gewählten Vorsitzenden zu bekämpfen mit dem Ziel, sie abzulösen. Bei dieser Art innerparteilichen Kampfes kann die DKP nur schwächer werden. Die Genossen, die diesen Beschluss vertreten, stehen außerhalb des politischen und organisationspolitischen Selbstverständnisses der DKP. Daher werbe ich für eine Unterstützung des vorliegenden Antrages des Sekretariats zu dieser Problematik. Gleichfalls gilt dies für den Antrag. „Die Unterstützung der Kommunistischen Initiative ist mit der Politik und dem Statut der DKP nicht vereinbar.“ Heute revolutionäre Politik zu entwickeln und revolutionär zu handeln, verlangt aus meiner Sicht vor allem, einen wirkungsvollen Beitrag zu leisten zur Veränderung des Kräfteverhältnisses. Dazu ist ein Klassenstandpunkt unabdingbar, aber es gehört auch dazu, diesen Klassenstandpunkt flexibel in Aktionseinheits- und Bündnispolitik umzusetzen, einen Beitrag zu leisten zur Herausbildung von gesellschaftlichen Allianzen, die notwendigerweise entwickelt werden müssen um einen Politikwechsel durchzusetzen. Zur Selbstverständlichkeit, das sozialistische Ziel niemals aus den Augen zu verlieren, gehört auch die Fähigkeit, diesen Kampf so zu organisieren, dass Erfolge möglich werden. Dazu müssen alle Mitglieder der DKP mobilisiert werden, die dann auf der Grundlage von Programm und Statut willens und fähig sind, konstruktiv zusammen zu arbeiten, kritisch und selbstkritisch Positionen darzustellen und einzubringen und auch die Fähigkeit haben, neue Erfahrungen, neue Erkenntnisse zu verarbeiten und daraus Politik zu entwickeln. Das Argument und die Erfahrung der Praxis zählen, auch wenn es um die Notwendigkeit von Weiterentwicklung von Positionen bzw. um Korrekturen geht. Die DKP ist und bleibt die Partei, die unabdingbar auf einen revolutionären Bruch in den Eigentums- und Machtverhältnissen setzt und orientiert, um letztendlich eine Zukunft zu ermöglichen, in der die Bedürfnisse und Leistungen der Menschen Maßstab von politischen Entscheidungen sind.

Wir sollten uns durch niemanden und nichts den Blick dafür verstellen lassen, dass es vor allem auch Aufgabe der in der Deutschen Kommunistischen Partei organisier-

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

ten Kommunistinnen und Kommunisten ist, einen Beitrag zu leisten zur Veränderung der politischen Verhältnisse. Manches mögen andere ähnlich sehen und machen, nur eines ist vor allem Aufgabe und Privileg der organisierten Kommunistinnen und Kommunisten: Wir verbinden praktische Tagespolitik mit notwendigen Kämpfen des Widerstandes oder zur Durchsetzung von Zielen mit einer Perspektive, der neuen Gesellschaftsordnung Sozialismus, die durchgesetzt werden muss. Und wir tun dies in einem organisierten Zusammenhang auf der Grundlage unserer selbstbestimmten statutarischen Rechte und Pflichten und eines Programms, das wir uns in langen Jahre erarbeitet haben. Lasst uns den Schwung des Pressefestes nutzen auch für die Vorbereitung eines Parteitages, der für die interessierte Öffentlichkeit und für uns selbst neue Voraussetzungen schafft zur Stärkung der DKP und der UZ.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Überlegungen zu einem Kommunikationskonzept für die DKP der

Zukunft

Statement: Wolfgang Teuber

1. Politische Situation

In dem Arbeitsvorhaben des 18. Parteitag der DKP haben wir geschrieben:

„Das wichtigste Instrument der Öffentlichkeitsarbeit der DKP ist ihre zentrale Zeitung. Eine stärkere Verbreitung der UZ trägt zu einer einflussreicheren DKP bei.“ (Zitat Ende)

Analysen, Bewertungen, das aufzeigen von Alternativen aus marxistischer Sicht, Informationen und Berichte aus dem In- und Ausland, zur Entwicklung von linker außerparlamentarischer und parlamentarischer Tätigkeit, die Darstellung von Erfahrungen aus den Arbeitskämpfen, zur konkreten Arbeit der DKP vor Ort, die Vermittlung von marxistischen Grundwissen, die Entwicklung von Klassenbewusstsein, aber auch die Entwicklung innerparteilicher Solidarität und die Widerspiegelung streitbarer Debatten in der Linken, für all das und einiges mehr brauchen wir die UZ.

2. UZ-Situation

Ausgehend von dem Beschluss auf dem 18. Parteitag zur UZ-Zukunftswerkstatt haben wir uns im Parteivorstand mehrfach mit der UZ beschäftigt. So auf der 2. PV-Tagung am 14./15. Juni 2008 im Zusammenhang mit dem Finanzrahmenplan der Partei und auf der 5. PV-Tagung am 28. 2. 2009 zur Arbeit der UZ-Zukunftswerkstatt.

Nach wie vor ist die Situation der UZ in finanzieller und personeller Hinsicht unverändert kritisch. Wir schieben ein Minus von 150 000 Euro vor uns her.

Die aktuelle Auflage beträgt zur Zeit 5 434, das ist ein Verlust gegenüber dem Vorjahr von 226 Abonnenten. Das derzeitige Personalkonzept von vier Redakteuren basiert aber nach damaligen Berechnungen bei der Umstellung auf die Wochenzeitung auf 8 500 Abonnenten.

Nun, man könnte sagen, 5 434 Abonnenten sind immer noch mehr als wir Mitglieder haben – für ein Vereinsblatt sicher ein Erfolg - , sie sind aber weitaus weniger als der harte Kern, der beispielsweise 25 587 Wähler die uns zur EU-Wahl gewählt haben.

Natürlich, anders wie die jW, das ND, wie diverse linke Periodikas hat die UZ mit dem in unserem Land tief verwurzelten Antikommunismus zu kämpfen. Trotzdem, oder besser gerade deswegen müssen wir uns die Frage stellen: ist die UZ kreativ genug, interessant und spannend genug um neue Leser zu gewinnen?

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Neue Leser, neue und mehr Abonnenten brauchen wir dringend, nicht nur aus finanzieller Hinsicht, sondern vor allem wegen der dringend notwendigen Erweiterung unserer politischen Ausstrahlungskraft als Kommunistische Partei in diesem Land.

Dazu bedarf es kollektiver Anstrengungen des Parteivorstandes, des Sekretariates, der Redaktion, und der Parteigliederungen – wie so oft formuliert, was wir aber vor dem Hintergrund der Krise der UZ nicht oft genug wiederholen können.

Dazu bedarf es sicher auch der Überprüfung unserer Arbeitsweise in der Redaktion, womöglich eines neue Lay-out, der stärkeren Mit- und Zuarbeit der Partei und Schreibern und Journalisten die nicht in der Redaktion sind.

300 Abonnenten weniger, das sind 34 200 Euro weniger, das ist mehr oder weniger das Gehalt eines Redakteurs. Oder anders herum, 300 Abonnenten mehr, das ist 1 Redakteur mehr, den wir dringend bräuchten für intensivere Recherche, für Reportagen und Analysen.

Wir müssen uns als Parteivorstand der Frage stellen, wie wir mit der Situation umgehen, dass die UZ die Zeitung unserer Partei zwar wöchentlich erscheint, aber nur einen Teil unserer Mitglieder erreicht. Etwa 1 700 Parteimitglieder haben die UZ abonniert.

Wir müssen uns der Frage stellen, dass die wöchentlich erscheinende UZ zwar von der übergroßen Mehrheit unserer Partei als gut hilfreich und dringend notwendig beurteilt wird, aber nur zu einzelnen Höhepunkten im Jahr verkauft wird und zwar maßgeblich wenn wir es von der Zentrale aus organisieren. (Auf der LLL Demo wurden für 366 Euro UZs verkauft, am 1. Mai für 1 059, auf den großen Demonstrationen und Aktionen gegen die Krise in Kehl und Straßburg 200, auf den Ostermärschen nochweniger und auf dem Pressefest für mit dem UZ Verkauf 970 Euro eingenommen.

Seit Jahren fassen wir Beschlüsse die Abo-Zahlen zu erhöhen, die Ausgaben zu reduzieren, die Aktionstätigkeit zu verstärken und ans Eingemachte zu gehen. Aber die Appelle sind bisher ohne materielle Wirkung geblieben.

Wie der Geschäftsführer des CommPress-Verlages Lothar Geisler in seinen Papier „Die UZ muss Wochenzeitung bleiben! – Gemeinsam schaffen wir das“ vom 6. 8. 2008 schrieb, sinkt seit 1997 im Westen der Bundesrepublik die Auflage stetig und „seit 2006 geht es deutlich bergab mit der UZ-Auflage. Auch – und das ist neu – im Osten!“ Und weiter heißt es dort: „Wir gewinnen seit 2004 Jahr für Jahr weniger neue AbonnentInnen!“ Und diese Entwicklung hält an, wie ich oben ausführte.

Von einer Wende sind wir also weit entfernt. Selbst auf dem von uns als erfolgreich eingeschätzten Pressefest haben wir nur eine ähnliche Größenordnung von Abos und Probeabos gemacht wie auf den vergangenen Pressefesten. Also auch hier keine Wende. Wir kommen so keinen Schritt voran. Die reale finanzielle Situation der Partei lässt es nicht zu, noch einmal wie so oft zu verfahren, nämlich den guten Willen zu proklamieren und uns gegenseitig zu beschwören: „wir machen es das nächste mal aber ganz bestimmt besser“.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Ja wir alle wünschen uns einen Durchbruch wir halten ihn für dringen notwendig und unter den Bedingungen der sich entwickelnden Weltwirtschaftskrise für um so dringender. Wir wissen, dass dieses Land eine politische Alternative dringend braucht, aber wir können daraus eben nicht die Schlussfolgerung ableiten: „Wenn wir uns nur richtig Mühe geben dann wird's schon klappen: dann werden unsere Ideen die Massen ergreifen und die Massen zur UZ.“

Wir müssen den Mut haben nüchtern festzustellen, dass auch ein erneuter Beschluss, Aufruf, Appell, an die Partei „jetzt aber los“, an der Situation nichts ändern wird. Wir können den Durchbruch nicht herbeireden. Die Ausstrahlungskraft unserer Partei, unserer Zeitung ist unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen nur begrenzt.

Wenn wir über die Chancen reden die sich aus der politischen Situation ergeben, müssen wir aber auch zugleich feststellen, dass von den 4 000 Mitgliedern unserer Partei nur etwa 1 200 Mitglieder gibt die willens oder in der Lage sind, offensiv politisch zu wirken, also z. B. auch am Infostand UZ zu verkaufen. Das geht hervor aus dem Referat zur organisationspolitische Konferenz im Oktober von 2005. Und dies wird sich seit dem im wesentlichen nicht zum Positiven entwickelt haben.

3. Krisen Gründe

Der Parteivorstand steht also heute vor der Aufgabe über einen Prozess bis hin zum Parteitag zu diskutieren und ihn zu organisieren, der uns Klarheit darüber verschafft, was unter unseren heutigen Bedingungen die möglichst optimalen Mittel der Agitation und Propaganda der Partei sein kann. Dazu sind Ideen gefragt aber vor allem praktische Erfahrungen.

Womit erreichen wir die Menschen in unserem Umfeld am besten?

Über welche Medien erreichen wir insbesondere junge Menschen?

Mit welchen Aktivitäten präsentieren wir uns am effektivsten in vorhandenen und neu entstehenden Bewegungen?

Wie erreichen wir nachhaltig Bindungen an unsere Partei?

Wie, über welche Medien organisieren wir effektiv die Kommunikation in unserer Partei selber?

Und außerdem:

Was wären denn die notwendigen Voraussetzungen um die UZ als Wochenzeitung zu erhalten und als effektives Mittel zu nutzen.

Wieviele Abos müssen in dem nächsten halben Jahr gemacht werden?

Um wie viel muss jeder Bezirk sein Spendenaufkommen alleine für die UZ erhöhen?

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Wieviel UZ müssen jedes Wochenende verkauft und abgerechnet werden, das heißt z. B. von den Gruppen als Mehrverkaufsexemplare bestellt werden?

Erst wenn wir so konkret rechnen, werden wir zu einer realen Einschätzung kommen können auf deren Grundlage ein Parteitag die nächsten Entscheidungen treffen kann.

Für die kritische Situation der Zeitung UZ gibt es also verschiedene Gründe.

Offensichtlich konnten wir bisher der Gesamtpartei die dramatische Situation unsere Parteizeitung nicht deutlich machen. Die Gesamtpartei erfasst scheinbar nicht den Umfang der Krise. Dies wird daran deutlich wie die UZ in der Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt oder besser kaum eingesetzt wird.

Zweitens müssen wir berücksichtigen das veränderten Lese- und Kommunikationsverhalten der Jugend. Allein der Altersdurchschnitt unserer Partei und der UZ-Leserschaft verpflichtet uns dazu.

Zu der aktuellen Ansbacher Werbeträger Analyse vom Dienstag letzter Woche - die auch die wichtigste Reichweitenstudie – also die Auflagenhöhe - für deutsche Print-Medien macht, schreibt die Presse:

„Es geht weiter abwärts für die Printmedien. Erneut sinken die Reichweiten um 3,5 Prozent. Stark betroffen ist vor allem die Wirtschaftspresse. In diesem Segment geht die Reichweite im Vergleich zum Vorjahr um 10,2 Prozent zurück.

Bei den Abo-Tageszeitungen sieht das Bild ähnlich aus. Bis auf die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (plus 210.000 Leser) müssen alle Titel Federn lassen. Am stärksten: "Frankfurter Rundschau", "Süddeutsche Zeitung" und "Financial Times Deutschland" mit jeweils minus 110 000 Lesern.

Die Nachrichtenmagazine konnten die Ergebnisse von 2008 umkehren. Sowohl der "Stern" (plus 470 000 Leser) - der damit im Gewinnranking den 1. Platz eroberte - als auch "Der Spiegel" (plus 220 000 Leser) legen zu. Nur Der "Focus" hingegen verlor mit 340 000 Leser sogar 80 000 mehr als im vergangenen Jahr.

Die aktuelle Ansbacher Werbeträger Analyse vom Dienstag, die einmal pro Jahr aktualisiert wird und neben den Auflagen, der Zeitungen und Zeitschriften auch andere Daten über die Mediennutzung erhebt - hat herausgefunden, dass 26,1 Mio. Deutsche im Alter von mindestens 14 Jahren täglich im Internet unterwegs sind – 40 Prozent der Bevölkerung. 2008 waren es noch 23,6 Mio. - ein Plus von 2,5 Mio. also.

4. Varianten der UZ-Entwicklung

Ich möchte einige mögliche Varianten aufführen, die ich dem Parteivorstand zur Diskussion stelle.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

a.: Die UZ erscheint weiter wie bisher. Das zunehmende finanzielle Minus muss von der Gesamtpartei ständig neu aufgebracht werden. Dieses Geld wird dann für andere Maßnahmen nicht zu Verfügung stehen.

b.: Die UZ erscheint nur noch alle 14 Tage. Damit bekäme sie mehr den Charakter eines Magazins. Dies würde Entlassungen in der Redaktion erfordern und hätte Auswirkung auf die Aktualität und Qualität der Zeitung und der Abo-Preis müsste gesenkt werden.

c.: Die UZ erscheint nur noch alle 14 Tage und das Internet-Portal der UZ wird an Hand der Erfahrungen von kommunisten.eu modifiziert. Dies erfordert eine Umstrukturierung der Redaktionsarbeit und Weiterbildung der Redakteure.

d.: Die UZ erscheint im Internet. 14-tägig wird eine „Mitglieder-UZ“ (in billigem Druckverfahren) zur parteiinternen Kommunikation herausgegeben. UZ speziellen Anlässen erscheint eine themen- und zielgruppenspezifische gedruckte UZ-Extra.

e.: Um die Kapitalbasis zu verstärken zahlt jedes Parteimitglied von oder zusätzlich von seinem Parteibeitrag eine Summe für die UZ; werden die DKP-Bezirke Teilhaber des CommPress-Verlages.

g.: Die Seitenzahl der UZ wird von 16 auf 12 Seiten reduziert und einmal monatlich wird eine 4 seitige Themenbeilage beigelegt.

h.: Wir verhandeln ein Zusammengehen mit der jW und die UZ erscheint als Beilage der jW wöchentlich oder vierzehntägig in verringerter Seitenzahl. Dies würde die Aufgabe eine eigenständigen Zeitung der DKP zur Folge haben.

i.: Die gesamte hauptamtliche Parteiführung arbeitet in der UZ-Redaktion. Dies hätte eine nur sehr begrenzte Aktions- und Politikfähigkeit der Parteiführung zur Folge und somit enorme Auswirkung auf die Entwicklungsmöglichkeiten und den gesellschaftlichen Einfluss der Partei.

Dies bedürfte ebenfalls eine Änderung der Beschlussfassung des Parteivorstandes, der sich von den beschlossenen Schwerpunkten zur Finanzrahmenplanung, die auf mehreren Parteivorstandstagungen und auf den letzten Parteitagen immer wieder unterstrichen wurden, bisher leiten ließ. Sie sind:

- Sicherung der zentralen Führungstätigkeit – ein Minimum an hauptamtlicher Tätigkeit
- Sicherung der Herausgabe der UZ und die Unterstützung für die Marxistische Blätter sowie
- Sicherung der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der DKP und damit auch der Karl-Liebknecht-Schule.

Nochmals, dies sind Varianten, die anregen sollen über die Zukunft der UZ zu diskutieren, um Lösungsmöglichkeiten zu finden, die uns aus der finanziellen Krise der UZ führen.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Ein Verriss von Lösungsansätzen oder gar die Diffamierung als UZ-Beerdigungskonzept – wie zu den Überlegungen von Sepp Winter – bringen uns hier nicht weiter. Schlimmer noch: Damit verschließen wir uns externer Anregungen die uns eine Hilfe sein können neue Wege zu finden, die die UZ aus ihrer Isoliertheit führen könnten.

Wer ernsthaft an der Lösung der UZ Krise interessiert ist, hätte zumindest aus der Überlegung von Sepp Winter die Anregung übernommen, der aus meiner Sicht dringend zu erhaltenden UZ als Print Medium, einen verbesserten, qualifizierteren Internet-Auftritt an die Seite zu stellen.

Was wir brauchen sind Konzepte zur Lösung dieser schwierigen Situation, sind praktische Vorschläge – die wie es bei uns üblich ist – nach vorheriger Beratung und Bearbeitung in den dazu geschaffenen Kommissionen, kollektiv in der Partei diskutiert und umgesetzt werden.

5. UZ und wie weiter?

Der Parteivorstand ist gefordert vor diesem Hintergrund die Diskussion über die Zukunft der UZ, über die Weiterentwicklung unserer Kommunikationsmittel, also über unsere Agitations- und Propagandaarbeit zu führen.

Aus meiner Sicht brauchen wir ein Journalismus der Enthüllungen der verschiedenen Formen der kapitalistischen Ausbeutung;

der Darstellung des Alltags- und Arbeitsleben der Unterdrückten;

die Darstellung das es möglich ist anders zu arbeiten und leben zu können;

der Analyse des neoliberalen kapitalistischen Entwicklungsweges, des heutigen Imperialismus;

der Darstellung und Verallgemeinerung von Kampferfahrungen, der mobilisierenden möglichen Gegenwehr um das Kräfteverhältnis zu verändern;

das Aufzeigen der geübten und erlebten Solidarität der Arbeiterklasse national und international,

des Aufzeigens von gesellschaftlichen Alternativen zu diesem Kapitalismus, von möglichen Schritten hin zum Sozialismus;

der Darstellung der interessanten Debatte unter den Linken zu diesen Themen, zu den verschiedenen Wegen zur gesellschaftlichen Veränderung.

Das können wir heute, unter diesen finanziellen und personellen Bedingungen, oft in der UZ so nicht leisten.

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

An dieser Stelle möchte ich noch mal erinnern an das bisherige Selbstverständnis der UZ, wie es auf der PV-Tagung am 27. Juni 2002 formuliert wurde:

„Die UZ ist zuerst Zeitung von Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP und für Menschen, die an Positionen der DKP interessiert sind.

Die UZ will zweitens eine Zeitung für systemkritische, auf gesellschaftliche Gegenmachtposition hinarbeitende Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre sein.

Die UZ will drittens junge Menschen ansprechen, die sich für antiimperialistische, antikapitalistische und antifaschistische Themen interessieren und sich in diesem Sinne engagieren.

Und die UZ will schließlich Menschen ansprechen im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden Deutschlands, die im Widerspruch zur herrschenden Politik und den Bundestagsparteien geraten, die sich gegen diese Politik oder einzelne Punkte aufbegehren, die in Bewegungen geraten sind – Widerstand gegen Kriegspolitik, Sozial- und Demokratieabbau, gegen die Agenda 2010 leisten wollen, die für eine andere Politik und sogar für Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eintreten.“

Das heißt doch aber auch, - wie ich in meinem Referat auf der 2. PV-Tagung formulierte – „wenn eine Zeitung wie die UZ an die Erweiterung ihrer Leserschaft gehen will, dann kann sie aus meiner Sicht nur Erfolg haben, wenn sie sich an die wendet, die sich praktisch politisch engagieren. Solche Leute haben ein subjektives Bedürfnis nach Austausch und Klärung von politischen Sachverhalten und Einschätzungen. Nur solche Leute stellen Fragen nach gesellschaftlichen Zusammenhängen, suchen nach Antworten auf die gesellschaftlichen Widersprüche in unserer Zeit.“

Das macht deutlich, dass die Arbeit der DKP in ihrem unmittelbaren Umfeld, in den außerparlamentarischen und parlamentarischen Aktionen, in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen eng verbunden ist, verbunden sein muss mit der Arbeit der UZ. Gerade hier gilt es neue Beispiele zu schaffen, neue Erfahrungen zu sammeln und Verallgemeinerbares in der UZ darzustellen.

Wir müssen uns die Frage stellen, kommen wir als Partei dieser Aufgabe nach, leistet die UZ die dafür notwendige Funktion und wenn nicht, was müssen wir in unserer Parteiarbeit und in der UZ ändern?

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Fakt ist doch: Die Praxis ist das Kriterium für die Wahrheit.

Auf jeden Fall müssen wir aus meiner Sicht die UZ weiterentwickeln, müssen wir nach Möglichkeiten suchen wie wir unsere Positionen, Analysen und Alternativen an breitere Teile der Bevölkerung bringen entsprechend der veränderten gesellschaftlichen Entwicklungen, denn wir haben uns nicht unser Selbstwillen gegründet sondern um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

Ratlos sollte uns das alles nicht machen sondern anregen wie wir ein tragfähiges Konzept einer sozialistischen Zeitung, einer Zeitung der DKP entwickeln.

Doch fragen müssen wir uns: Wie machen wir weiter mit der UZ-Zukunftswerkstatt und der betriebswirtschaftlichen Prüfung, wie sie im Parteitagsbeschluss festgelegt sind, wie gehen wir um mit den aufgeworfenen Fragen?

Ich würde es für erforderlich halten die Arbeitsgruppe UZ-Zukunftswerkstatt mit einem klar umrissenen Aufgabengebiet weiterzuführen, trotz der Absagen an der Mitarbeit, das Fehlen an Sitzungen und der kontroversen Diskussionen. Gerade weil es notwendig ist langfristig alle Punkte zu untersuchen die zur Erhaltung der UZ wichtig sind.

Als notwendige nächste Schritte sollten wir im Rahmen der UZ-Zukunftswerkstatt uns u. a. folgende Punkte vornehmen:

1. die Einsparungspotentiale – auch mit Hilfe der betriebswirtschaftlichen Prüfung – ausschöpfen.
2. die Werbung und Anzeigenaquise verstärken
3. Ein neues Lay-out und notwendige Veränderungen in der Arbeitsorganisation der Redaktion vornehmen
4. Die Qualifizierung und Weiterbildung der Redaktion organisieren
5. Projekte für die UZ entwerfen – wie zu den Themen 60 Jahre BRD/DDR oder die Krise Ostdeutschlands
6. Eine Diskussionstribüne zu interessanten Themen in der Linken einrichten

Und dies abrechenbar bis zum Parteitag, wo wir uns darüber Rechenschaft ablegen und notwendige neue Maßnahmen beschließen sollten.

Die UZ ist unser wichtigstes Instrument der Öffentlichkeitsarbeit. Und das kann nicht anders sein, den geblieben ist bisher das kapitalistische System und somit die Notwendigkeit einer sozialistischen Zeitung, die die Widersprüche dieses System aufdeckt, die fortschreitenden Sozial- und Demokratieabbau brandmarkt, die immer wieder dazu auffordert "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Karl Marx) und Alternativen aufzeigt auf dem Weg zu einer Gesellschaft "worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Marx/Engels), dem Sozialismus.

Wolfgang Teuber

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Beschluss der 7. PV-Tagung der DKP, 11./12. Juli 2009

Die Unterstützung der »Kommunistischen Initiative« ist mit der Politik und dem Statut der DKP nicht vereinbar

Die DKP als eigenständige marxistische Partei mit revolutionärer Zielsetzung steht nicht zur Disposition; nicht für ein Aufgehen in einer linken Strömungspartei, aber auch nicht als Steinbruch für die Schaffung einer nach dem Verständnis der Initiatoren der »Kommunistischen Initiative« „einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei“ *)

Das Selbstverständnis der „Kommunistischen Initiative“ ist die „eines organisierten Sammelbeckens aller marxistisch-leninistischen Kräfte“ *) , mit dem Ziel der Formierung einer „einheitlichen, marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei“ *) in Deutschland. Als Voraussetzung wird in dem Aufruf die „Notwendigkeit des Kampfes .. gegen jede Form des Revisionismus“ *) benannt.

Da die DKP in dem Aufruf „Schafft die Kommunistischen Initiative in Deutschland“ als revisionistische Partei charakterisiert wird, die mit der „Annahme eines revisionistischen Parteiprogramms .. einer noch offener revisionistischen Politik und Programmatik eine Basis gab“ *) , beinhaltet die Unterstützung der »Kommunistischen Initiative« demzufolge den Kampf gegen die Programmatik und Politik der DKP. Laut Statut der DKP kann jemand Mitglied nur sein, wer die „programmatischen Ziele und das Statut der Partei anerkennt und regelmäßig seinen Beitrag entrichtet. Mitglieder der DKP können nicht zugleich Parteien, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen angehören, deren Ziele gegen die Partei gerichtet sind.“ (Statut der DKP, Artikel 1)

Deshalb sind eine Unterstützung der »Kommunistischen Initiative« und die Mitgliedschaft in der DKP nicht vereinbar.

Wir fordern alle Mitglieder der DKP auf, auf der Grundlage des Programms der DKP und der von den Parteitag der DKP beschlossenen politischen Grundsätze um die politische, ideologische und organisatorische Stärkung der DKP zu ringen.

Anmerkung: alle mit *) gekennzeichneten Zitate sind aus „Aufruf: Schafft die Kommunistische Initiative in Deutschland!“

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

7. Tagung des Parteivorstands der DKP

11./12. Juli 2009, Essen

Beschluss der 7. PV-Tagung der DKP, 11./12. Juli 2009

Der Parteivorstand beschließt die Weiterführung des Internetportals www.kommunisten.eu.

Die Erfahrungen aus der Arbeit mit dem Nachrichtenportal und das Portal selbst sollen in das von der UZ-Zukunftswerkstatt zu erarbeitende Gesamtkonzept der Öffentlichkeits- und Kommunikationspolitik der DKP, das UZ, Internet und spezielle zentrale Öffentlichkeitsmaterialien umfasst, eingehen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 1

Beschluss der 7. PV-Tagung der DKP am 11./12. Juli 2009

Der Parteivorstand der DKP weist mit aller Entschiedenheit die veröffentlichte „Erklärung der DKP Sachsen-Anhalts zur EU-Wahl“ zurück. Der Parteivorstand fordert die Mitglieder der DKP in Sachsen-Anhalt auf, diese Einschätzung inhaltlich zu korrigieren und sie von der Homepage zu entfernen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 19 Nein-Stimmen: Enthaltungen: 2

Beschluss der 7. PV-Tagung der DKP am 11./12. Juli 2009

Solidarität mit der Tudeh-Partei und der fortschrittlichen Bewegung gegen das klerikalreaktionäre Ahmadinedschad-Regime !

Die Manipulation der Präsidentenwahl hat die Widersprüche der iranischen Gesellschaft aufbrechen lassen und wurde Auslöser der Proteste gegen die versteinerten Verhältnisse. Dabei gehen die Forderungen der Volksbewegung weit über die nach freien Wahlen hinaus. Das Ziel dieser Bewegung ist Emanzipation, nicht Unterstützung des Imperialismus gegen ein Regime, das sich in Gegensatz zu dessen Hauptmächten gebracht hat.

Unter der Repression leidet die Arbeiterklasse und die Bauernschaft, die Frauen und die Jugend, die Intelligenz und die Mittelschichten. Ethnische Minderheiten werden unterdrückt. Arbeitslosigkeit, Armut und Inflation prägen der iranischen Gesellschaft ihren Stempel auf.

Daher haben die demokratischen Kräfte des Widerstands gegen das diktatorische Ahmadinedschad-Regime unsere volle Solidarität. Besonders fühlen wir uns verbunden mit dem opferreichen Kampf der Tudeh-Partei des werktätigen Volkes Irans. Im Kampf um gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt stehen wir fest an ihrer Seite.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 21 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0